Greenpeace Energy

Zehn Forderungen an die Bundespolitik

[22.09.2017] Die Energiewende in Deutschland befindet sich an einem kritischen Punkt. Deshalb hat der Ökostromanbieter Greenpeace Energy jetzt insgesamt zehn Forderungen an die neue Bundesregierung formuliert.

Kurz vor der Bundestagswahl hat der Ökostromanbieter Greenpeace Energy zehn energiepolitische Forderungen an die kommende Bundesregierung formuliert. Marcel Keiffenheim, Leiter Politik und Kommunikation bei Greenpeace Energy, sagt: „In der kommenden Legislaturperiode entscheidet sich, ob die Bundesrepublik ihre Verpflichtungen zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes erfüllen wird – oder ob die Unterzeichnung des Pariser Klimaschutzabkommens ein Lippenbekenntnis bleibt, dem keine hinreichenden Taten folgen."
Greenpeace Energy kritisiert insbesondere, dass sich die Bundesregierung bislang zu sehr auf den alleinigen Ausbau erneuerbarer Energien konzentriert habe und selbst da zu wenig tue. Deshalb fordert Greenpeace Energy:
- Die Energiewende in Deutschland und Europa voranzutreiben und den Erneuerbaren-Ausbau zu beschleunigen,
- das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und den Einspeisevorrang für erneuerbare Energien zu erhalten und konsequenter durchzusetzen,
- Speichertechnologien marktfähig zu machen,
- die Sektorkopplung voranzutreiben und Effizienzanstrengungen zu verstärken,
- Subventionen für umweltschädliche Energieträger abzubauen,
- den Kohleausstieg umzusetzen und einen angemessenen Preis für CO2-Emissionen einzuführen,
- die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende sicherzustellen,
- internationale Atomverträge auf den Prüfstand zu stellen,
- Netzentgelte neu zu gestalten und früher festzulegen sowie
- die erneuerbare Verkehrswende umzusetzen.

(me)

Zehn energiepolitische Forderungen an die kommende Bundesregierung (PDF; 3MB)

Stichwörter: Politik, Greenpeace Energy,